

# Rheinsberger Zeitung

Wöchentliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

**Bezugs-Preis**  
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl Thurmman



Druck und Verlag  
C. Thurmman Buchdruckerei  
Rheinsberg

**Anzeigen**  
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-  
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 ge-  
wöhnliche Zeilen oder deren Raum berechnet und bis  
abermittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 106

Fernsprecher

Sonnabend, den 8. September 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

Berlin, den 7. September 1928.

## Chronik des Tages.

Reichspräsident von Hindenburg trat am Donner-  
stag eine mehrtägige private Reise nach Dresden an.  
Reichstagspräsident Müller wird Mitte kommender Woche  
in Berlin zurückzukehren.  
Der am Mittwoch in Magdeburg eröffnete dies-  
jährige Reichstagskongress findet am Sonntag mit einem Fest-  
gottesdienst auf dem Ehrenhof der Stadthalle seinen Ab-  
schluß.

Die Heidelberger Vorkonferenz des Arbeitsaus-  
schusses Deutscher Reichsbund fand mit einer Kundgebung gegen  
die Kriegsschuldfrage ihren Abschluß.

Der polnische Staatspräsident begab sich am Freitag  
zur Teilnahme an den großen politischen Kavalleriemärschen  
nach Moskau, wo er sich zwei Tage aufhalten wird.

Gegen den jugoslawischen Botschafter Angelino  
Mitsch wurden in Spalato große Demonstrationen veranstal-  
tet, wobei es zwischen den Demonstranten, meist jugend-  
lichen Elementen, und der Polizei zu einem blutigen Zu-  
sammenstoß kam.

In der Frageantwerbsangelegenheit findet am  
Mittwoch ein Hofverhandlungstermin für King Siam statt.

Die deutschen Langstreckflieger Mißtes und Jim-  
mann sind in Moskau zum Abflug nach Deskau gestartet.

Die norwegische Regierung hat beschloffen, einen  
Gedächtnistag für Amundsen abzuhalten.

Ueber Umbrien hat ein Zyklon getobt, der schwere  
Schäden angerichtet hat.

In Sidney ist der Internationale Eucharistische  
Kongress mit einer feierlichen Prozession und einem Kon-  
zert eröffnet worden.

Das Bodmerfest in Aarau dauert an. Die bishe-  
rigen Schäden betragen auf 20 Millionen Yen geschätzt. In-  
folge des Mangels an Lebensmitteln ist eine Hungersnot  
ausgebrochen.

## Die Konferenzen mit Briand.

Genf, 6. September.

Der Besuch des deutschen Reichszanklers bei dem  
französischen Außenminister Briand, der inzwischen von  
Briand höflich erwidert wurde, und die im Anschluß  
daran vorgesehenen Besprechungen mit den Vertretern  
Englands, Italiens und Japans, überhatten alle an-  
deren „Ereignisse“ der großen Herbstversammlung des  
Völkerbundes. Während die Sonne zu den Tischen im  
grünen Ring am Genfer See lacht, gibt es auf der  
Genfer Bühne eine „Annäherung der Nationen“, wie  
sie sonst nirgends in der Welt zu beobachten ist. Die  
Einrichtungen des Völkerbundes sind heute dem An-  
druck noch nicht gewichen, so daß Delegierte und  
Pressevertreter in ungläubiger Ege arbeiten müssen.

Ueber Inhalt und Ergebnisse der politischen  
Besprechungen ist absolut Zuverlässiges noch immer  
nicht zu erfahren. Wie bei der Annäherung Strese-  
manns in Paris, so hüllen sich die unterrichteten Kreise  
auch hier in Stillschweigen. Während der Unterredung  
des Reichszanklers mit Briand hatten sich im Vorraum  
des Hotels des Bergues etwa hundert Zeitungsvertreter  
eingesunden. Briand hielt sich jedoch das Presseheer  
bei seinem Wiedereerscheinen mit allgemeinen Redewen-  
dungen vom Kalte, und Reichszankler Müller war  
noch mehr vom Glück begünstigt worden, hatte er es  
doch fertig gebracht, fast unbemerkt von dem Hotel in  
den Sitzungssaal der deutschen Delegation zur Berich-  
terstattung zu entschleichen. Trotzdem schienen Wirt-  
schaftliche über den Verlauf der Ministerbesprechun-  
gen läppig ins Kraut, werden aus den Telefongesellen  
spaltenlange Berichte in die Welt gebracht.

Unseres Erachtens haben die bisherigen Bespre-  
chungen an dem betamten Stand der Räumungsange-  
legenheit nicht viel geändert! Reichszankler Müller  
wird auf das Deutschland aus dem Versailles Vertrag  
zuführende Recht der Räumung hingewiesen und  
betont haben, daß uns die Locarno-Abkommen auch  
noch einen moralischen Anspruch auf beschleunigte  
Freigabe des Rheinlandes verschafft haben; Briand  
widerum wird das Recht bestritten und die vorzeitige  
Räumung von neuen Gelegenheiten abhängig ge-  
macht und auf die Notwendigkeit verwiesen haben, mit  
den anderen, in der Vorkonferenz vertretenen  
Verwaltungsmächten Rührung zu nehmen. Ob es Frank-  
reich damit ernst ist, ist fraglich. Vielleicht wollen die  
Franzosen zu nur Zeit gewinnen, um die Räumung  
zu verfrachten. Wie verlaute, will Briand nämlich  
bereits am Montag Genf wieder verlassen, da ihm  
seine „Gesundheitskur“ angeblich einen längeren  
Aufenthalt nicht gestattet. Die weiteren Verhandlungen  
sollen dann auf dem üblichen diplomatischen Weg ge-  
führt werden.

Die deutsche Delegation wird nun verhindern müs-  
sen, daß die Genfer Tagung zu Ende geht, ohne die  
von uns erstrebte Klarheit in der Räumungsfrage zu  
bringen. Fortschritte nach dieser Richtung hin sind  
leider infolge erzielt worden, als der Kreis der an den  
Räumungsverhandlungen beteiligten Mächte namentlich  
enbaltlich feilscht und deutsche Gegenleistungen in Ge-

halt eines Locarno nicht mehr ernstlich in Frage  
kommen. Praktisch ist damit jedoch nicht viel gewonnen,  
weil Briand und Poincaré für eine beschleunigte Räu-  
mung finanzielle Gegenleistungen fordern, die für  
Deutschland große Gefahren bergen. Man scheint in  
Frankreich eingesehen zu haben, daß Amerika keine  
Kauf hat, vor den Wahlen an die Endlösung der Re-  
parationsfrage heranzugehen, so daß nicht darauf zu  
hoffen ist, daß Amerika Bargeld für die deutschen  
Schuldverpflichtungen bereit. Frankreich möchte aber  
bald in den Besitz seines gesamten Anteils an den  
deutschen Reparationen gelangen und scheint nun Pro-  
jekte zu verfolgen, die darauf hinauslaufen, die be-  
schleunigte Freigabe des Rheinlandes von der Auf-  
legung eines Teiles der deutschen Schuld-  
verpflichtungen abhängig zu machen, die von den  
europäischen Gebirgsmächten aufgenommen werden  
können. Ob die europäischen Mächte dazu aber finanz-  
kräftig genug sind, ist fraglich. Zum anderen dient  
eine derartige Regelung kaum dazu, die Endlösung der  
Reparationsfrage zu beschleunigen. Eine vernünftige  
und baldige Endlösung des Reparationsproblems ist  
aber gerade für Deutschland von größter Wichtigkeit.  
Unter diesen Umständen muß die Verkopplung der  
Rheinlandfrage mit dem Problem der Verwandlung  
der Reparationsschuld in Bargeld nicht als  
glücklich bezeichnet werden.

Bedenklich stimmen ferner die Bemerkungen der  
französischen Delegation, die Besprechung des Reichs-  
zanklers mit Briand als eine Unterhaltung hin-  
zustellen, die nichts mit Verhandlungen zu tun hat.  
Ist etwa Genf nur eine geeignete Stätte für Unterhal-  
tungen, während die Verhandlungen auf den Verkehr  
der Staatskanzleien beschränkt sind? Bisher waren wir  
jedenfalls der Meinung, daß in den regelmäßigen Zu-  
sammenkünften der Staatsmänner in Genf noch die  
beste Seite des Völkerbundes zu erblicken ist, weil diese  
Konferenzen den verantwortlichen Ministern Gelegen-  
heit geben, persönlich die Lösung der brennendsten  
Fragen in Angriff zu nehmen. Mißtrauisch muß ferner  
eine Auserkennung Briands der Presse gegenüber ange-  
nommen werden, es behände die Möglichkeit, eine Macht  
der Vorkonferenz, die französische — mit der  
Führung der Räumungsverhandlungen zu beauftragen.  
Das ist ein Versuch, von vornherein ein Abweichen  
Englands oder Italiens von der französischen These  
zu verhindern!

Ueber den Inhalt der ersten Unterredung des  
Reichszanklers mit Briand wurde von Seiten der deut-  
schen Delegation folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Aufsich Reichszankler Müller und dem französischen  
Außenminister Briand fand heute nachmittag die in Aus-  
sicht genommene Unterhaltung statt, deren Gegenstand die  
Frankreich und Deutschland betreffende Probleme (Rhein-  
landräumung) bildeten. Die Besprechung, die anderthalb  
Stunden dauerte, hatte der Natur der Sache nach vorbe-  
reitenden Charakter. Es behielt beiderseits der Wunsch,  
daß weitere Besprechungen mit den Verwaltungsmächten  
in Genf folgen.“

## Tagung des Reichsstädtebundes.

Eröffnung in der Heidelberger Stadthalle. — Der  
Lebenswille der kleineren Städte. — Die Begrüßungs-  
ansprache Dr. Bellans.

Der Reichsstädtebund, die Organisation der klei-  
neren und mittleren Städte, trat in Heidelberg zu seiner  
diesjährigen Mitgliederversammlung zusammen. Zu der  
Tagung hatten sich rund 1500 Städtevertreter ein-  
gefunden; der Saal der Stadthalle war fast überfüllt.  
Unter den Ehrengästen bemerke man zahlreiche Ver-  
treter der Reichs- und Länderregierungen, der Verwal-  
tungsbehörden, der kommunalen Verbände und eine  
große Zahl von Parlamentariern.

Reichsinnenminister Seevering hatte seine Teil-  
nahme abgelehnt, da er mit der Zusammenkunft seiner Ver-  
waltungsreformpläne bis zum Eintritt der neuen  
Länderkonferenzen warten will.

**Derbörgermeister Dr. Bellan,**

der Präsident des Bundes, begrüßte die Versammlung  
und entbot einen besonderen Gruß der letzten Ruhe-  
stätte des ersten Reichspräsidenten Ebert. Er betonte  
dann, daß in Rheinland-Westfalen ein Kampf begonnen  
habe, der zunächst in diesem Bundesrat am Sein oder  
Nichtsein der kleinen und mittleren Städte gebe. In  
den Fragen der landwirtschaftlichen Ertragspolitik habe man  
einen Anstoß als ungewöhnlich erkannt. Auf gleicher  
Weise sollte man leistungsfähige Selbstverwaltungen  
davor schützen, daß sie ohne zwingende Gründe von  
großen Verbänden aufgekauft würden. Die Heidel-  
berger Versammlung müsse zum Vorkämpfer an alle  
Volksgenossen werden, daß die kleinen und mittleren  
Städte weiter leben und arbeiten wollen in ihren  
Selbstverwaltungen, für ihre Bürgerkasten und für  
die arabe deutsche Volksgemeinschaft. Würde der Kampf

in Rheinland-Westfalen zumgunsten der kleinen und  
mittleren Städte entscheiden, so würden dem rheinisch-  
westfälischen Vorgang bald ähnliche andere deutsche Lan-  
desteile folgen.

Die Versammlung beschloß danach ein  
Telegramm an den Reichspräsidenten,  
das folgenden Wortlaut hat:

„Im Namen von 1500 kleinen und mittleren Städten  
sendet der Reichsstädtebund von seiner 18. ordentlichen Mit-  
gliederversammlung in Heidelberg dem hochverehrten Ober-  
haupt des Deutschen Reiches ergebene Grüße und gelobt  
unermüdete Arbeit für Volk und Vaterland.“

Ein zweites Telegramm wurde an den Reichs-  
kanzler gerichtet. Es enthält die Bitte, bei der Schul-  
dung des Finanzausgleichs den Städten die zur Er-  
füllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel sicher zu  
stellen.

## Für Stärkung der Selbstverwaltung.

Reichsinnenminister a. D. Dr. Kütz über die Ziele  
der Verfassungs- und Verwaltungsreform.

Das erste Hauptberhandlungsthema der Tagung  
betraf die Ziele der Verfassungs- und Verwaltungs-  
reform. Zunächst nahm Reichsminister a. D. Dr. Kütz  
das Wort. Redner führte aus:

„Die heutige Struktur des Reiches entspricht nicht mehr  
den Anforderungen der Zukunft des deutschen Volkes, die  
eine zu festeren Leistungsleistung befähigende staatliche Zu-  
sammenfassung bedingt. Die territoriale Gliederung des  
Reiches, sowie die Aufgaben und Zuständigkeitsabgrenzungen  
zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bedürfen einer  
neuen, organischen Regelung. In dem neuen Reich ist kein  
Raum mehr für Länder, deren Eigenstaatlichkeit nur be-  
ruht auf dynastischer Tradition und nicht auf staatlicher  
Lebenskraft. Eine zentrale Reichsverwaltung ist ab-  
zulehnen. Es ist vielmehr in allen Instanzen und ausführens-  
mäßigen Angelegenheiten Zentralisierung und Stärkung  
der Selbstverwaltung zu erreichen. Den Selbstverwaltungs-  
körpern ist wieder der richtige Platz anzuweisen. Groß-  
städte, Mittel- und Kleinstädte und Ländergemeinden er-  
füllen innerhalb des Gesamtorganismus des Gemeindefe-  
derationsverbandes Aufgaben von verschiedener Art, aber doch  
gleich wissenschaftlich Wert, deswegen verhält das Gesamt-  
wohl seine einheitliche Erzeugung einer dieser Aufgaben.  
Die Voraussetzung jeder Verfassungsreform ist Nationali-  
sierung der Verfassung, Verlegung der Verwaltung, grund-  
sätzlich in die unterste Instanz, Vereinfachung eines jeden  
Dualismus, Zusammenfassung aller Spezialverwaltungsstel-  
len bei den mittleren Behörden. Am Ende aller Tätigkeit  
auf dem Gebiet der Verfassung muß das Volk stehen. Alle  
Arbeit muß erfüllt sein von dem Willen, die nationale  
Einheit und Geschlossenheit zu festigen und die  
Verantwortlichkeit des einzelnen Volksgenossen in Reich,  
Ländern, Bezirken und Gemeinden zu stärken.“

Als Mitberichtersteller sprach Oberbürgermeister  
Reimer-Klastat. Er betonte, daß Verfassungs- und  
Verwaltungsreform zwar sachlich eng verbunden seien,  
jedoch nicht begrifflich, so daß die Durchführung der  
Verwaltungsreform auch ohne gleichzeitige Durchfüh-  
rung der Verfassungsreform möglich sei.

## Kranzniederlegung am Grabe Eberts.

Heidelberg, 7. Sept. Der geschäftsführende  
Vorstand des Reichsstädtebundes legte am Grabe des  
verstorbenen Reichspräsidenten Ebert einen Kranz  
nieder.

## Die Landreise zum Straßenbau.

Haupttagung des Deutschen Landkreistags. — 4,5 Mil-  
liarden Mark für den Ausbau des Straßennetzes er-  
forderlich!

Unter dem Vorsitz des Landrats v. Achenbach trat  
der Deutsche Landkreistag in Hofstadt zu seiner dies-  
jährigen Haupttagung zusammen. Im Mittelpunkt der  
Verhandlungen stand die Frage der Straßenunterhal-  
tung. Ministerialrat Dr. Speck, der Dezernent für  
das städtische Straßenwesen, trat für die Aufstellung  
eines einheitlichen Instandhaltungsplanes auf  
Grund der durch die Verkehrszählung ermittelten Ver-  
kehrszahlen ein. Die sofortige Instandsetzung des ge-  
samten Netzes auf dem Wege einer Anleihe bezugweise  
er als die billigste und zweckmäßigste Finanzmaßnahme.

Der Präsident des Landkreistags, Dr. v. Stem-  
bel, bezeichnete eine gesetzliche Regelung der Unter-  
haltungsfrage für den Straßenbau für den Augenblick als  
unmöglich. In Anbetracht der Wichtigkeit der Ver-  
kehrsmittel in den einzelnen deutschen Ländern auf dem  
Gebiete des Straßenwesens wäre eine Zentralisierung  
des Gegenstandes einer sinnvollen Organisation. Der Bau  
von Kur- und Nebenstraßen könne bis auf weiteres nur  
als kurze Umgehungsstraße in Angriff genommen wer-  
den. Der nötige Ausbau des Straßennetzes erfordere  
4,5 Milliarden, die in Raten von 10 bis 15 Jahren  
verteilt eine außerordentlich große Last darstellen und  
unter Zuhilfenahme einer Auslandsanleihe beschafft  
werden könnten.